

## 3. Methodisches Vorgehen I

---

### 3.1 DISKURSANALYSE ALS UNTERSUCHUNGSPROGRAMM

Diverse Versatzstücke des methodologisch-methodischen Vorgehens wurden im Rahmen der vorausgegangenen Kapitel zwar bereits verschiedentlich benannt, sollen nun aber systematisch aufgearbeitet und zusammenhängend dargelegt werden. Den folgenden Erläuterungen sei die Anmerkung vorausgeschickt, dass die methodische Operationalisierung dieses von Foucault inspirierten Forschungsdesigns eine nicht zu unterschätzende Herausforderung darstellt, da es im Grunde, wie Keller prägnant formuliert, gar keine foucaultsche Diskursanalyse im engeren Sinne gibt (Keller 2008b: 73). So gehört es mittlerweile auch zum Common Sense der an Foucault orientierten Diskurswissenschaft, dass dieser selbst seine diskursbezogenen Überlegungen weder als feststehende Theorie noch als Methode verstanden wissen wollte (Bublitz u.a. 1999: 14-16; Keller 2008b: 76f., 2010: 32; Truschkat 2013: 76).<sup>1</sup> Mit seiner als historischen Nominalismus bezeichneten Vorgehensweise gibt Foucault zwar eine spezifische methodologische Perspektive vor, die sich der Rekonstruktion historischer Kontingenzen widmet, verzichtet aber des Weiteren auf konkrete methodische Verfahrensvorschläge. Reiner Keller kommt in Anbetracht dessen zu folgender nachvollziehbaren Einschätzung: »Die Analyse von Diskursen richtet sich auf sehr unterschiedliche Aspekte und bearbeitet diese in sehr unterschiedlicher Art und Weise. Mit anderen Worten: *Diskursanalyse formuliert zuallererst einen breiten Gegenstandsbereich, ein Untersuchungsprogramm*,

---

**1** | Foucault gesteht ein, in seinen Arbeiten keiner festen Methode zu folgen, sondern seine Analyseinstrumente stattdessen stets dem jeweiligen Untersuchungsobjekt (Wahnsinn, Sexualität usw.) anzupassen: »Ich habe keine Methode, die ich unterschiedslos auf verschiedene Bereiche anwendete. Im Gegenteil, ich möchte sogar sagen, ich isoliere ein und denselben Gegenstandsbereich [...] mit Hilfe von Instrumenten, die ich vorfinde oder die ich mir während meiner Forschungsarbeit selbst schaffe, ohne dabei dem Problem der Methode eine besondere Stellung einzuräumen. [...] Ich habe keine allgemeine Theorie und auch kein sicheres Instrument. [...] Ich versuche meine Instrumente über die Objekte zu korrigieren, die ich damit zu entdecken glaube, und dann zeigt das korrigierte Instrument, dass die von mir definierten Objekte nicht ganz so sind, wie ich gedacht hatte. [...] Mein Vorgehen ist dagegen vollkommen unvernünftig und außerdem anmaßend, wenn auch unter dem Deckmantel der Bescheidenheit. Hochmut, ein nahezu wahnhafter Hochmut im Hegelschen Sinne, über ein nicht bekanntes Objekt mit einer nicht definierten Methode sprechen zu wollen.« (Foucault 2003: 521f.)

*keine Methode.*« (Keller 1997: 325, Herv. i.O.) Aus dieser prinzipiellen Offenheit der diskurstheoretischen Einsichten Foucaults resultiert sowohl ihre große Beliebtheit als auch ihre oftmals kritisierte Beliebtheit: Denn gerade der eigentlich erfreuliche Umstand, dass das diskursanalytische Begriffsrepertoire mittlerweile in zahlreichen Studien mit verschiedenen Forschungsfragen zum Einsatz kommt, führt zu einer gewissen Verwässerung bzw. Unschärfe des diskursanalytischen Ansatzes, der als Etikett für eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Vorgehensweisen herangezogen wird (Schwab-Trapp 2002: 71; Nonhoff 2006: 244).

Das Fehlen eines standardisierten Methodensets zur Untersuchung von Diskursen hat demnach den Nachteil, dass es keine einheitliche, vielfach erprobte Vorgehensweise gibt, derer man sich einfach bedienen könnte. Die Nicht-Standardisierung schafft jedoch zugleich Freiräume für die Kreativität des Diskursanalytikers, der die geeignete methodische Verfahrensweise dem spezifischen Erkenntnisinteresse entsprechend auswählen kann (Keller 2011: 268). Es ist gerade diese Möglichkeit, auch unkonventionelle Pfade zu beschreiten und so ggf. zu überraschenden neuen Erkenntnissen zu gelangen, die die diskurstheoretischen Überlegungen Foucaults – trotz ihrer methodischen Leerstellen – nicht nur für diese Forschungsarbeit so attraktiv machen. Die Anziehungskraft Foucaults liegt ja bekanntlich darin,

»ein schwer zu fassender Querdenker zu sein, der sich wenig um geglaubte Wahrheiten, disziplinäre Zuständigkeiten und Rituale, konsistente Theorien und allseitige methodische Absicherung seiner Aussagen bemüht – und dies mit einem provokativen Gestus, der die Detailanalyse mit ›großformatigen‹ Fragestellungen verbinde[t].« (Keller 2008a: 127f.)

Trotz aller Offenheit gilt es im Folgenden einigen allgemeinen Prinzipien Aufmerksamkeit zu schenken, die im Grunde für alle diskursanalytischen Arbeiten und somit auch für die vorliegende Abhandlung gelten. Zunächst sei darauf verwiesen, dass die hier vollzogene Abwendung von der Diskurstheorie des vorausgegangenen Kapitels zugunsten der Explikation der diskursanalytischen Vorgehensweise keinen so klaren Schnitt darstellt, wie die Kapiteleinteilung womöglich vermuten lässt. Wie bereits in Anlehnung an Bublitz (1999b: 27) ausgeführt, sind Diskurstheorie und -analyse aufs Engste miteinander verbunden (vgl. ebenso Nonhoff 2006: 242). Ein deutliches Indiz hierfür ist, dass die im vorherigen Kapitel skizzierten theoretischen Überlegungen nicht säuberlich von ihren methodologischen Prämissen getrennt werden konnten. Um diese grundlegenden theoretischen Einsichten überhaupt formulieren zu können, war es mitunter notwendig, der empirischen Analyse vorzugreifen: So wäre beispielsweise ohne Vorwegnahme der empirischen Erkenntnis, dass mit Blick auf die Analyse der Regierung der Freiwilligkeit im Modus des Vollzugs die institutionelle Dimension im Zentrum hegemonialer Kämpfe steht, die Fortschreibung der theoretischen Grundannahmen kaum möglich gewesen.

Ein anderer grundlegender Wesenszug nahezu aller diskursanalytischen Arbeiten ist, dass sie sich der Analyse von Sinninformationen widmen, die nicht auf einen einzelnen Text oder gar Satz reduziert werden können (Nonhoff 2006: 245; Schwab-Trapp 2008: 172). Dies unterscheidet Diskursanalysen grundlegend von anderen Ansätzen qualitativer Sozialforschung, die, wie etwa die interviewgestützte Biografieforschung (Rosenthal/Fischer-Rosenthal 2004), davon ausgehen, dass

jeder Text eine in sich geschlossene und konsistente Bedeutungseinheit darstellt. Demgegenüber basiert die Rekonstruktion von Diskursen Keller zufolge auf dem Durchbrechen der »materiale[n] Oberflächeneinheit der Texte« (Keller 2008b: 82) und der anschließenden aufwendigen Zusammenführung der diskursspezifischen Aussageereignisse, die als »textübergreifende Verweisungszusammenhänge« (Keller 2011: 275) einen oder mehrere Diskurse konstituieren. Ein einzelner Text ist somit nicht in der Lage, einen Diskurs vollständig abzubilden, sondern beinhaltet immer nur einzelne Bruchstücke eines Diskurses, die durch die Verzahnung mit den Ergebnissen der Feinanalyse anderer Texte sukzessive »das Mosaik des untersuchten Diskurses« (Keller 2008b: 82) formen. Die Diskursrekonstruktion basiert hierbei grundlegend auf dem Verfahren der »typisierende[n] Deskription« (Keller 2010: 262, Herv. i.O.), da es gerade nicht um die Beschreibung singulärer Auffälligkeiten geht, sondern um die Identifikation typischer Aussagen und Muster, die im konkreten empirischen Material als Wiederholungen in Erscheinung treten und deren Variationsmöglichkeiten begrenzt sind (Keller 2008b: 92). Die vorliegende Diskursanalyse verzichtet somit auf eine detaillierte sequenzanalytische Durchdringung der einzelnen Texte, etwa im Sinne der objektiven Hermeneutik Ulrich Oevermanns (u.a. 1979, 2001), zugunsten der Untersuchung »typischer ›Diskursgestalten‹« (Keller 2010: 262) und textübergreifender Sinnzusammenhänge.

Zudem wird die Erkenntnisreichweite diskursanalytischer Verfahren grundlegend durch das Prinzip der Öffentlichkeit begrenzt, denn Diskursanalysen können nur öffentlich zur Diskussion gestellte Deutungsangebote in den Blick nehmen und folglich weder Aussagen über individuelle Deutungsschemata oder verborgene Absichten noch über die Aushandlung von Positionen im nicht-öffentlichen Raum machen (Schwab-Trapp 2002: 71f.). Mittels des diskursanalytischen Untersuchungsprogramms ist es folglich nicht zu entscheiden, ob die öffentlich präsentierten Argumente den »wahren« Intentionen oder den tatsächlichen Überzeugungen der Diskursträger entsprechen (Maier 2003: 54; Keller 2011: 274, 2013: 53). Entscheidend ist vielmehr, dass der Austausch von Argumenten von einer gesellschaftlichen bzw. politischen Praxis begleitet wird, »die diese Argumente in ihrem Handeln als Gründe für ihre Entscheidungen ausweist« (Schwab-Trapp 2002: 47). Während die Vernachlässigung der subjektiven Sinnattributionsebene mitunter als Nachteil der Diskursanalyse betrachtet wird, stellt diese Einschränkung für Wøever einen ihrer zentralen Vorteile dar:

»An advantage of this approach [discourse analysis, D.N.] compared with psychological approaches studying perceptions and belief systems is that it stays totally clear of any relationship to what people really think. [...] it studies something public, that is how meaning is generated and structured in a national context.« (Wøever 1994: 254)

Jenseits der genannten allgemeinen Annahmen unterscheiden sich die meisten Diskursanalysen in methodischer Hinsicht deutlich voneinander, da die Auswahl der Daten sowie die konkreten Analyseverfahren auf die jeweiligen Forschungsinteressen und die grundlegenden diskurstheoretischen Einsichten abgestimmt sein müssen (Keller 2011: 268). Während letztere im vorangegangenen Kapitel ausführlich umrissen worden sind, gilt es deshalb nun, dem spezifischen Erkenntnisinteresse der vorliegenden Abhandlung und den daraus resultierenden methodischen Konsequenzen Aufmerksamkeit zu schenken.

### 3.2 SPEZIFIZIERUNG DES ERKENNTNISINTERESSES

Den Gegenstand der vorliegenden Diskursanalyse bildet, allgemein formuliert, die Analyse des gesamtgesellschaftlichen (Be-)Deutungswandels des freiwilligen Engagements in Deutschland zwischen 1985 und 2009, der seinen sichtbarsten Niederschlag in der Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik seit der Jahrtausendwende fand. Deshalb liegt ein Schwerpunkt der Untersuchung auf der Rekonstruktion der »De- und Reinstitutionalisierungsprozesse« (Hajer 1997: 107), die der dominante Engagementdiskurs in diesem Zeitraum auf der (bundes-)politischen Ebene nach sich gezogen hat. Diese allgemeine Verortung des Untersuchungsgegenstandes spannt zugegebenermaßen ein recht weites Feld auf, das zunächst durch Rekurs auf die von Nonhoff erarbeitete analytische Unterscheidung von drei Arten von Erkenntnisinteresse, die jeder diskursanalytischen Forschungsarbeit mit variierenden Mischungsverhältnissen zugrunde liegen, systematisiert werden soll: Nonhoff unterscheidet erstens ein räumliches Erkenntnisinteresse, das auf die inhaltliche Rekonstruktion und Abbildung eines Diskurses abzielt, zweitens ein zeitliches Erkenntnisinteresse, das sich dem Nachspüren des diskursiven Wandels in einem bestimmten Zeitraum widmet, und drittens ein funktionales Erkenntnisinteresse, das die Funktionsweise diskursiver Mechanismen, wie etwa Hegemonien, in den Blick nimmt (Nonhoff 2006: 245f.). Überträgt man diese Einteilung auf den vorliegenden Untersuchungsgegenstand, wird ersichtlich, dass alle drei Arten auch hier deutlich zu Tage treten: Das räumliche Erkenntnisinteresse bezieht sich auf die Rekonstruktion der Dispositive der Freiwilligkeit anhand medialer, politischer und zivilgesellschaftlicher Diskursbeiträge sowie auf ihre Verarbeitung durch die Freiwilligen selbst. Mit Blick auf das zeitliche Erkenntnisinteresse liegt der Schwerpunkt in doppelter Hinsicht auf dem Aspekt des Wandels: dem sich zwischen 1985 und 2009 vollziehenden Wandel im Umgang mit institutionellen Fragen der Engagementförderung einerseits und dem Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit andererseits. Das funktionale Erkenntnisinteresse richtet sich sowohl – gouvernementalitätstheoretisch inspiriert – auf die diskursive Produktion bzw. Neuverhandlung des freiwilligen Engagements als politisches Handlungsfeld als auch auf die Konstitution sowie Wirkung diskursiver Hegemonien.

Im Anschluss an diesen ersten Systematisierungsschritt sei hier daran erinnert, dass es sich die vorliegende Forschungsarbeit nicht nur zum Ziel gesetzt hat, zu einem tieferen Verständnis bezüglich der Herausbildung und Veränderung von Regierungsformen – hier konkret: der Dispositive der Freiwilligkeit – beizutragen, sondern gleichsam die Ebene der Diskursbeschreibung zu verlassen und durch Offenlegung der Konflikte um die institutionelle Dimension der Engagementförderung eine Erklärung für die diskursive Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit im Untersuchungszeitraum zu finden. Durch Bezugnahme auf die Ebene des Verstehens und des Erklärens werden somit zwei unterschiedliche Zugangswege zum empirischen Material eröffnet, die wiederum mit verschiedenen Erkenntnisinteressen verbunden sind und deshalb im Folgenden als Grundlage für die weitere Spezifizierung des diskursanalytischen Vorgehens fungieren.

Auf der Ebene des Verstehens gilt es zunächst, das räumliche Erkenntnisinteresse durch die Rekonstruktion der Dispositive der Freiwilligkeit in Deutschland zwischen 1985 und 2009 zu saturieren. Dem gouvernementalitätstheoretischen

Zuschnitt dieser Arbeit Rechnung tragend verfolgt die Rekonstruktion der gesellschaftlichen Neuverhandlung des freiwilligen Engagements prinzipiell das Ziel, die unterschiedlichen Dimensionen der Regierung der Freiwilligkeit, der im Netz dispositiver Verknüpfungen Sichtbarkeit verliehen werden soll, möglichst umfassend zu kartografieren. Unter der Annahme, dass die Gegenstände der sinnlich erfahrbaren Welt erst durch Diskurse in ihrer spezifischen Gestalt hervorgebracht werden (Keller 2011: 265), liegt auf der Ebene des Verstehens der Fokus der Diskursanalyse auf der Beantwortung der grundlegenden Frage, welche Wissensformen, Gegenstände, Verknüpfungen, Eigenschaften, Subjektvorstellungen usw. durch den Engagementdiskurs als »wirklich« behauptet werden. Es soll, mit anderen Worten, durch die Skizzierung des heterogenen Netzes dispositiver Verknüpfungen bestehend aus epistemischen, institutionellen, körper- und objektbezogenen Aussagenbündeln untersucht werden, welche Vorstellung von freiwilligem Engagement im Rahmen der multidimensionalen Regierung der Freiwilligkeit produziert wird.

Im Zuge der Rekonstruktion der Dispositive der Freiwilligkeit gilt es zudem, sich unter Bezugnahme auf *gouvernementalitätstheoretische* Überlegungen der Frage zuzuwenden, wie das weite Feld des freiwilligen Engagements im Untersuchungszeitraum überhaupt als politisches Problem und Handlungsfeld konstituiert wurde. Im Zentrum dieses funktionalen Erkenntnisinteresses stehen einerseits die verschiedenen Mechanismen, die zu einer Verschiebung der stets kontingenten Grenze zwischen Zivilgesellschaft und Staat beigetragen haben, sowie andererseits die Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers«, die als öffentliche Anrufungspraxis das Verhalten der angerufenen Subjekte, in diesem Fall: der (potenziellen) Freiwilligen, anleiten soll, dieses jedoch nicht determinieren kann. Aus diesem Grund richtet sich das inhaltliche Erkenntnisinteresse zudem auf die Frage, wie die Dispositive der Freiwilligkeit tatsächlich von den (Nicht-) Engagierten rezipiert werden. Eine vollständige oder partielle Übernahme in die alltägliche Lebensführung ist hier ebenso denkbar wie eine Umarbeitung, Abweisung oder gar Ignoranz der Programme.

Die schrittweise Rekonstruktion der niemals endgültig fixierbaren Dispositive der Freiwilligkeit öffnet ferner den Blick für die diskursive Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit im zeitlichen Verlauf und führt so gleichsam zu einer ersten Befriedigung des zeitlichen Erkenntnisinteresses: Denn während bis Anfang der 1990er Jahre engagementspezifische Themen vornehmlich auf der zivilgesellschaftlichen, wissenschaftlichen, medialen und der kommunalpolitischen Ebene diskutiert wurden und die Bundestagsfraktionen diesen zumeist mit wohlwollendem Desinteresse begegneten, erlebten diese zur Jahrtausendwende gerade im bundespolitischen Kontext eine verbale Hochkonjunktur. Mittlerweile wird die Förderung bürgerschaftlichen Engagements als eine selbstverständliche Aufgabe des Staates betrachtet, wobei die Durchführung engagementpolitischer Maßnahmen überwiegend in den Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fällt. Bereits dieser kurze Überblick macht deutlich, dass diskursiver Wandel hier vor allem als »Diskursverschiebung« (Nullmeier 2012: 48), d.h. als Übertragung bzw. Diffusion des zunächst vornehmlich im zivilgesellschaftlichen, kommunalpolitischen und medialen Kontext diskutierten Engagementthemas auf die bundespolitische Ebene, in Erscheinung tritt.

Wechselt man nun von der Ebene des Verstehens auf die des Erklärens, rückt im Rahmen der nunmehr vornehmlich als Prozess- und Hegemonieanalyse konzeptualisierten Diskursanalyse (Schwab-Trapp 2002: 71) das räumliche zugunsten des funktionalen und zeitlichen Erkenntnisinteresses in den Hintergrund. Allgemein formuliert geht es hier um die Identifikation der diskursiven Mechanismen, mittels derer der Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit zwischen 1985 und 2009 erklärt werden kann. Zeitliches und funktionales Erkenntnisinteresse sind in diesem Kontext kaum voneinander zu trennen, da die im Untersuchungszeitraum beobachtbare diskursive Dynamik, verstanden als Verschiebungen oder Neuverknüpfungen im Netz dispositiver Verflechtungen, grundlegend auf hegemoniale Konflikte zurückgeführt werden kann, die sich zwischen verschiedenen Diskurskoalitionen um die institutionelle Dimension der Engagementförderung entsponnen haben.<sup>2</sup> Im Sinne des institutionellen Konstruktivismus von Hajer (1997: 109) wird hier grundlegend davon ausgegangen, dass aus der Aufdeckung dieser hegemonialen Konflikte gleichsam eine Erklärung für die diskursiven Wandlungsprozesse abgeleitet werden kann. Gerade durch die Konzentration auf die Kräfteverhältnisse, die bei der Frage nach einer von politischer Seite institutionell verankerten Engagementförderung aufeinandertrafen, kann empirisch aufgezeigt werden, dass Diskurse stets widersprüchlich, vorläufig und umkämpft sind (Graefe 2010: 299). In einer derart konzipierten Diskursanalyse wird keineswegs – wie oftmals gerade von politikwissenschaftlicher Seite befürchtet – auf die Untersuchung divergierender Interessen der beteiligten Subjekte, diskursiver Strategien sowie gesellschaftlicher Macht- bzw. Herrschaftsverhältnisse verzichtet.

Eine Erklärung für die diskursive Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit zu finden, bedeutet demzufolge, diese gleichsam als Ort politischen Wandels in den Blick zu nehmen und hierbei unter hegemonieanalytischen Gesichtspunkten ein besonderes Augenmerk auf die konflikthafte Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik zu legen. Über die Explikation diskursiven Wandels hinaus geht es in der hier durchgeführten Hegemonieanalyse grundlegend um die Erklärung sozialen bzw. politischen Wandels, der als »Veränderung bzw. Transformation, als soziale Konventionalisierung und Dekonventionalisierung von Diskursen« bzw. von diskursiven Praktiken zu begreifen ist (Keller 2011: 314). Das zeitlich-funktionale Erkenntnisinteresse auf der Ebene des Erklärens besteht somit darin, durch Berücksichtigung der hegemonialen Konflikte, die sich um die institutionelle Dimension der Engagementförderung entsponnen haben, sowohl zur Denaturalisierung des So-Geworden-Seins der Regierung der Freiwilligkeit beizutragen als auch eine Erklärung für ihre diskursive Dynamik sowie den sich darin abzeichnenden Policy-Wandel zu finden. Auf diese Weise ist es möglich, die Regierung der Freiwilligkeit unter Berücksichtigung ihrer konstitutiven Konflikte und Brüche sowie der disponierenden Einflüsse der beteiligten (Gruppen- und Organisations)Subjekte zu skizzieren.

Den soeben beschriebenen unterschiedlichen Erkenntnisebenen dieser Untersuchung, d.h. der Dimension des Verstehens einerseits und des Erklärens andererseits, trägt die Ergebnispräsentation insofern Rechnung, als hier ein zweiteiliges Darstellungsformat gewählt wurde: Im ersten Teil werden die Ergebnisse der

**2** | In ebendiesem Sinne konstatiert auch Martin Nonhoff, dass eine Analyse von Hegemonien, verstanden als Phänomene des »Werdens statt des Seins« (Nonhoff 2006: 247), auf eine Berücksichtigung der zeitlichen Dimension nicht verzichten kann.

Dispositivanalyse ausführlich dargestellt (vgl. Kap. 4) und anschließend – getrennt durch ein weiteres Methodenkapitel (vgl. Kap. 5) – die Resultate der Hegemonieanalyse präsentiert (vgl. Kap. 6). Beide Teile bauen inhaltlich aufeinander auf und sind im Grunde kaum voneinander zu trennen. Die Zweiteilung der Ergebnisdarstellung stellt deshalb auch nur eine analytische Trennung dar, die sowohl der Veranschaulichung der unterschiedlichen Erkenntnisebenen dient als auch die Nachvollziehbarkeit der Ergebnispräsentation angesichts abweichender methodischer Erfordernisse erhöht. Das nachfolgend skizzierte Textkorpus sowie das Auswertungsverfahren in Anlehnung an die Grounded Theory liegen beiden Analyseteilen – der Dispositivanalyse zur Gänze und der Hegemonieanalyse zumindest teilweise – zugrunde, weshalb die diesbezüglichen Überlegungen der Ergebnispräsentation insgesamt vorangestellt werden.

### 3.3 DATENERHEBUNG: TEXTKORPUS UND THEORETICAL SAMPLING

Da Diskursanalyse im Rahmen des vorliegenden Forschungsdesigns als Dispositiv- und als Hegemonieanalyse konzeptualisiert wird, liegt das nachfolgend skizzierte Textkorpus sowohl der Analyse der Dispositive der Freiwilligkeit als auch der sich um die institutionelle Dimension der Engagementförderung entspinneenden hegemonialen Konflikte zwischen gesellschaftlich-politischen Diskurskoalitionen zugrunde. Vor diesem Hintergrund galt es bei der Zusammenstellung des konkreten Textkorpus zwei Besonderheiten Aufmerksamkeit zu schenken: Erstens musste, obgleich die Unterschiede zwischen Dispositiv- und Hegemonieanalyse vor allem bei der Datenauswertung deutlich zu Tage treten, bereits bei der Textauswahl darauf geachtet werden, dass die zentralen Positionen der am Diskurs beteiligten Gruppen- und Organisationssubjekte mit Hilfe der ausgewählten Dokumente rekonstruiert werden können. Zweitens macht es die Einsicht in die Multidimensionalität des Diskursiven erforderlich, den Aussagegehalt von Texten, Objekten, Körpern und Institutionen zu ermitteln und miteinander in Beziehung zu setzen. Zur Analyse dieser unterschiedlichen Aussagedimensionen wurde zwar ausschließlich auf textförmige Daten zurückgegriffen, doch widerspricht dieses Vorgehen keineswegs der Mehrdimensionalität diskursiver Ordnungen: Vielmehr ist mit Denninger u.a. (2014: 47) davon auszugehen, dass es bezogen auf den Ausgangspunkt eines Textes einen grundlegenden Unterschied macht, ob es sich um einen Text über einen Text, wie etwa die Evaluation eines Gesetzes, handelt oder um einen Text über einen beobachtbaren Gegenstand oder Körper, wie etwa über eine Brandwunde oder einen Kochlöffel: »Indem die Beobachtung der Gegenstände für die Analyse zum Text werden muss, haben wir es, im Unterschied zu sprachlichen Aussagen, mit Texten zweiter Ordnung zu tun.« (Denninger u.a. 2010: 217; ebenso Keller 2011: 268) Für die vorliegende an materialen Praktiken interessierte Diskursanalyse bedeutet dies, dass auch der Zugriff auf die verschiedenen Dimensionen der Regierung der Freiwilligkeit ausschließlich über Texte mit jeweils unterschiedlichen Bezugs- bzw. Ausgangspunkten erfolgte.

Der Diskurs als Untersuchungsgegenstand tritt demnach als abgrenzbares Textkorpus in Erscheinung, das aus einem breit gefächerten Angebot an möglichen Diskursbeiträgen extrahiert werden muss. Im vorliegenden Fall ergab sich eine erste Abgrenzung entlang des thematischen Kriteriums (Diaz-Bone 1999: 131):



Alle Texte des zu untersuchenden Korpus beschäftigen sich ausnahmslos mit den Themen freiwilliges Engagement und Bürgergesellschaft. Eine weitere Eingrenzung des konkreten Textkorpus im Vorfeld der empirischen Analyse war jedoch kaum möglich, da jede weitere Einschränkung, etwa nach Textsorten, Teildiskursen, Zeitfenstern, beteiligten Diskursteilnehmern oder gesellschaftlichen Teilbereichen (vgl. hierzu Nonhoff 2006: 253), ein profundes diskursspezifisches Vorab-Wissen verlangt hätte, das zu diesem Zeitpunkt noch nicht in ausreichendem Maße vorlag. Demgegenüber war es gerade das zentrale Ziel der Diskursanalyse zu ermitteln, durch welche Wissensformen bzw. objekt- und körperbezogenen Aussagen freiwilliges Engagement als spezifischer Gegenstand bzw. politisches Handlungsproblem hervorgebracht wurde und welche Diskursteilnehmer in einem bestimmten Zeitraum an der Verbreitung des Diskurses beteiligt waren.

Da somit im Falle des vorliegenden Untersuchungsgegenstandes nicht einfach vom thematischen Gegenstand ausgehend auf den Diskurs geschlossen werden konnte, war es notwendig, die Abgrenzung des Diskurses bzw. des entsprechenden Textkorpus sowie des für die Entwicklung des Diskurses relevanten Untersuchungszeitraums im Zuge der Datenauswertung vorzunehmen. Dies bedeutet, dass die einflussreichen Subjekte, ihre bevorzugten Kommunikationsmedien und die zentralen Textsorten erst während des empirischen Forschungsprozesses sichtbar wurden und sich ein entsprechendes Textkorpus herauskristallisiert hat. Mit Reiner Keller lässt sich somit resümierend festhalten, dass die Identifikation der Daten für eine Diskursanalyse, die sich wie die Vorliegende durch einen prinzipiell entdeckenden Charakter auszeichnet, »ein eher offener Suchprozess in verschiedene Richtungen [ist], der sich immer nur vorläufig an Themen, Referenzphänomenen, Schlüsselbegriffen usw. orientieren kann« (Keller 2011: 265).

Die wohl gebräuchlichsten und zuverlässigsten Instrumente für die methodisch kontrollierte Durchführung eines derart offenen Forschungsprozesses stellt der qualitative Forschungsansatz der Grounded Theory bereit (Strauss 1991; Strauss/Corbin 1996; Glaser/Strauss 2005),<sup>3</sup> worunter Anselm Strauss und Juliet Corbin »eine gegenstandsverankerte Theorie [verstehen], die induktiv aus der Untersuchung des Phänomens abgeleitet wird, welches sie abbildet« (Strauss/Corbin 1996: 7). Das Ziel dieser Forschungsmethode besteht demzufolge darin, eine Theorie zu generieren, die den Untersuchungsgegenstand möglichst umfassend beschreibt und ihre Kategorien bzw. Hypothesen in Auseinandersetzung mit dem Gegenstand entwickelt. Den Ausgangspunkt eines solchen Forschungsprozesses bildet

**3** | Die Urheber der Grounded Theory, Barney G. Glaser und Anselm L. Strauss, sind nach der Veröffentlichung ihres Grundlagenwerkes mit dem englischen Originaltitel *The Discovery of Grounded Theory* im Jahr 1967 weitgehend getrennte Wege gegangen. Beide widmeten sich zwar in den Folgejahren der Weiterentwicklung der Grounded Theory, doch während Glaser dies aus einer positivistisch-funktionalistischen Sichtweise heraus tat, nahmen Strauss und seine Mitarbeiterin Juliet Corbin hierbei eine pragmatistisch-interaktionistische Grundhaltung ein (zu den sozialtheoretischen und epistemologischen Unterschieden zwischen Glaser und Strauss vgl. ausführlich Strübing 2004). Die neueren Ansätze der Grounded Theory grenzen sich sowohl von Glaser als auch von Strauss und Corbin durch ihre stärker konstruktivistische (Charmaz 2009, 2011) und poststrukturalistische Ausrichtung (Clarke 2009) ab (zur neuen Generation der Grounded Theory vgl. die Überblicksdarstellungen von Morse (u.a. 2009) und Mey/Mruck (2011)).



folglich nicht eine Theorie, die durch die Analyse widerlegt oder bewiesen werden soll, sondern ein Untersuchungsbereich, wobei sich das, »was in diesem Bereich relevant ist, [...] erst im Forschungsprozeß herausstell[t]« (ebd.: 8). Für das an der Grounded Theory orientierte Vorgehen ergibt sich daraus die Besonderheit, dass die einzelnen Phasen des Forschungsprozesses, wie etwa Datensammlung, Analyse und Theoriebildung, wechselseitig aufeinander bezogen sind und somit nicht in linearer Abfolge durchgeführt werden können (Böhm 2004: 475). Die Prozesse der Datenauswertung und -erhebung bedingen sich gegenseitig und schreiten gewissermaßen im Gleichschritt voran. Dem konkreten Textkorpus wurden demnach noch bis zum Abschluss der Datenanalyse und Theoriebildung weitere Texte hinzugefügt. Dieser Prozess der theoriegeleiteten Zusammenstellung bzw. Reduktion des Datenumfangs, der prinzipiell auf die Sättigung der erhobenen Kategorien abzielt, wird im Rahmen der Grounded Theory als »theoretisches Sampling« (Strauss 1991: 70f.; Strauss/Corbin 1996: 148-165; Glaser/Strauss 2005: 53-83) bezeichnet, das sich deutlich vom allgemein üblichen »statistischen Sampling« unterscheidet (Strauss/Corbin 1996: 161; Glaser/Strauss 2005: 70).

Allgemein formuliert orientiert sich das Theoretical Sampling an dem Prinzip des »permanenten Vergleichs« (Glaser 1965; Glaser/Strauss 2005: 107-121) im Sinne maximaler und minimaler Kontrastierung: Den Anfangspunkt eines derartigen Forschungsprozesses stellt die Auswahl eines bedeutsam erscheinenden Textes dar, der entsprechend der zentralen Forschungsfrage analysiert wird. Der anschließende Analyseschritt baut auf den Auswertungsergebnissen des ersten Textes auf, d.h., man sucht nach Aussagegehalten, die den soeben gewonnenen Erkenntnissen entweder sehr ähnlich sind oder sich maximal von diesen unterscheiden. Während die Suche nach Maximalvergleichen notwendig ist, um die heterogenen Bestandteile eines Diskurses oder einer Kategorie in ihrer Breite zu erfassen und die Reichweite der Theorie zu bestimmen, dient die minimale Kontrastierung dem Ziel, einen spezifischen Teilaspekt möglichst umfassend zu kartografieren und das Kategoriensystem insgesamt zu konsolidieren (Glaser/Strauss 2005: 62-66). Dieser Suchprozess wird so lange fortgeführt, bis man nur noch auf Wiederholungen stößt, die bekanntlich das Entscheidende bei der Rekonstruktion eines Diskurses sind. Mit anderen Worten: Jeder weitere Analyseschritt bringt mit Blick auf die zentrale Forschungsfrage keine neuen, sondern lediglich die Bestätigung bekannter Erkenntnisse mit sich (Strauss 1991: 49). Dieser Punkt, der auch als »theoretische Sättigung« (Strauss/Corbin 1996: 165; Glaser/Strauss 2005: 69) bezeichnet wird, läutet das Ende des empirischen Prozesses der Datenauswertung und Korpusbildung ein, da nun mit guten Gründen behauptet werden kann, dass die wichtigsten Kategorien und Phänomene bezogen auf eine spezifische Forschungsfrage erfasst wurden, wenngleich hierfür nur ein Bruchteil der theoretisch möglichen Diskursbeiträge in den Blick geraten sind.

Die Auswahl des bedeutsamen Ausgangsdokuments erfolgt entweder intuitiv oder kriterienorientiert (Keller 2008b: 91). So kann es sich hierbei beispielsweise um den Beitrag eines Sprechers handeln, der als diskursive Elite in einem bestimmten gesellschaftlichen Feld in Erscheinung tritt oder dem von anderen Diskursteilnehmern eine zentrale Bedeutung im Hinblick auf die Durchsetzung eines bestimmten Themas zugeschrieben wird. Beide Kriterien treffen auf den hier als bedeutsam ausgewählten Diskursbeitrag von Gerhard Schröder zu, dessen Artikel mit dem Titel »Die zivile Bürgergesellschaft« (Schröder 2000a) den

Ausgangspunkt der vorliegenden Diskursanalyse bildete. Mittels der Bildung von Minimal- und Maximalvergleichen wurde im Anschluss an dessen Analyse nach Diskursbeiträgen politischer Eliten gesucht, die, wie etwa die Statements der Mitglieder der rot-grünen Bundesregierung, möglichst ähnlich ausfallen sowie nach kontrastreichen Stellungnahmen, die in den Reihen der Politiker der Opposition vermutet wurden. Angesichts der erheblichen Dynamik, die der Engagementdiskurs seit der Jahrtausendwende auf der bundespolitischen Ebene entwickelt hat, erschien es somit sinnvoll, den politischen Bereich als, wie es Diaz-Bone und Schneider formulieren, »interdiskursive Tür« für den »Feldzugang« zu benutzen« (Diaz-Bone/Schneider 2008: 511). Ausschlaggebend hierfür war zudem, dass die rot-grüne Bundesregierung vor allem in ihrer ersten Legislaturperiode erhebliche Bemühungen unternommen hat, um in Sachen Bürgergesellschaft und freiwilliges Engagement neben den unterschiedlichen Spezialdiskursen auch die Interessen der beteiligten Diskursteilnehmer in den Blick zu nehmen, die Datengrundlagen zum freiwilligen Engagement zu erweitern und all diese Informationen in eine rechtlich angemessene Form zu gießen.

Somit bot es sich an, das Textkorpus von seinem Ergebnis her, d.h. der Institutionalisierung einer staatlichen Engagementpolitik seit der Jahrtausendwende, zu entwickeln. Mittels der skizzierten Samplingstrategie wurde eine Vielzahl kontrastiver und ähnlicher Beiträge zum Thema Bürgerengagement auf bundespolitischer Ebene identifiziert, die in verschiedenen institutionellen Settings geäußert bzw. publiziert worden sind. Infolgedessen setzt sich auch das Datenkorpus aus sehr unterschiedlichen Textsorten zusammen: Neben Gesetzestexten, Protokollen von Plenardebatten, Pressemitteilungen und Parteiprogrammen gehören auch diverse politische-wissenschaftliche Berichte, Selbstdarstellungen von Modellprogrammen, Bundestags-Drucksachen und Reden von Politikern unterschiedlicher Couleur zum Textkorpus.

Die Verfahrensweise der Grounded Theory lebt davon, basierend auf bereits gewonnenen Analyseergebnissen immer wieder neue, sog. »generative Fragen« (Strauss 1991: 44) an den Untersuchungsgegenstand zu stellen, die durch Hinzunahme weiterer Texte beantwortet werden. In diesem Sinne galt es, sich nach der umfassenden Analyse der Verbreitung des Engagementdiskurses auf bundespolitischer Ebene die Frage zu stellen, wo die Ursprünge dieser verbalen Hochkonjunktur seit der Jahrtausendwende lagen. Um die Karriere bzw. die Entwicklung der engagementspezifischen Debatten im zeitlichen Verlauf zu rekonstruieren, wurde somit im nächsten Schritt gezielt nach Hinweisen auf andere diskursive Eliten, wie etwa auf Intellektuelle/Wissenschaftler, Medienvertreter und zivilgesellschaftliche Kräfte, gefahndet, die sich bereits vor dem Regierungsantritt der rot-grünen Regierung im Jahr 1998 hiermit beschäftigt haben. Als zentrale Erkenntnis dieses Suchprozesses gilt festzuhalten, dass engagementbezogene Themen bis Mitte der 1990er Jahre vor allem in Wissenschaftskreisen, von verschiedenen Freiwilligenvertretungen, von den Repräsentanten der deutschen (Groß)Vereine und Wohlfahrtsverbände sowie in den Medien diskutiert wurden. Politische Eliten setzten sich mit diesem Thema – mit Ausnahme einiger Kommunal- und Landespolitiker – erst seit Mitte der 1990er Jahre in verstärktem Maße auseinander. Die Identifikation der zentralen Diskursteilnehmer und die Aufnahme ihrer Diskursbeiträge in das Korpus waren besonders wichtig, da das Textkorpus – wie eingangs erwähnt – nicht nur der Analyse der Dispositive der Freiwilligkeit, sondern auch der Hegemonieanalyse der sich

um die institutionelle Dimension der Engagementförderung entspinrenden Konflikte zwischen gesellschaftlich-politischen Diskurskoalitionen zugrunde liegt.

Durch die Fokussierung des Vorgehens auf diskursive Eliten konnten jedoch nicht nur die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche identifiziert werden, in denen engagementspezifische Fragen diskutiert wurden, sondern es kristallisierte sich auch ein Zeitraum von knapp 25 Jahren, d.h. von 1985 bis 2009, heraus, in welchem engagementspezifische Themen durch ihre zunehmende Problematisierung zunächst öffentliche Aufmerksamkeit und mit etwas Verzögerung auch bundespolitisches Interesse erregten. Für den Anfangspunkt der Untersuchung Mitte der 1980er Jahre war ausschlaggebend, dass die Debatten zum neuen Ehrenamt seitdem angesichts der voranschreitenden Institutionalisierung der Neuen Sozialen Bewegungen und der Ausbreitung innovativer Organisationsformen, wie Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen usw., deutlich an Dynamik gewannen (Roth 1992; Brand 2010: 135-138). Hiermit einher ging die zunehmende Thematisierung neuer Ehrenamtsformen in der Dritte-Sektor- und Ehrenamts-Forschung (u.a. Olk 1987, 1989a, 1989b; Braun 1989; Rauschenbach 1991), sowie – allerdings mit etwas Verzögerung – in der traditionellen Vereins- und Verbandslandschaft (für den Caritasverband vgl. Gaidetzka 1989b; Bock 1989, 1990). Die Wahl des Jahres 2009 als Endpunkt der Untersuchung resultiert erstens aus der forschungspragmatischen Entscheidung, einen Zeitpunkt zu wählen, der vor dem Beginn des Dissertationsprojektes im Jahr 2010 lag. Da sich die Analyse des diskursiven Geschehens auf der bundespolitischen Ebene zweitens an den Legislaturperioden der jeweiligen Bundesregierungen orientiert, fällt das Ende des engeren Untersuchungszeitraums mit dem Regierungswechsel im Jahr 2009 zusammen.

Die theoriegeleitete Zusammenstellung des Textkorpus gemäß des soeben beschriebenen Suchverfahrens orientierte sich jedoch nicht nur an den Beiträgen diskursiver Eliten, sondern auch an der diskursiven Karriere spezifischer Argumente, denen durch ihr wiederholtes Auftreten eine zentrale Bedeutung zukommt. Die gezielte, am permanenten Vergleich orientierte Suche nach derartigen Aussagen in Folgebeiträgen sensibilisierte hierbei für mögliche Transformationsprozesse, die diese in einem bestimmten Zeitraum durchlaufen haben: So kann sich einerseits die Reichweite eines Arguments entscheidend verändern, wenn es von einer großen Anzahl diskursiver Eliten verwendet wird. Andererseits führt der unterschiedliche Gebrauch eines Arguments durch verschiedene Diskursteilnehmer mitunter zu inhaltlichen Bedeutungsverschiebungen und Brüchen, die durch die Analyse minimaler und maximaler Vergleichsfälle sichtbar werden. Im Zuge der Analyse der diskursiven Karriere bestimmter Argumente gerieten zudem die sog. »diskursiven Abgrenzungs- und Kopplungsmanöver« (Schwab-Trapp 2002: 78) der diskursiven Eliten in den Blick, die sich als Diskurskoalitionen um bestimmte Argumente bzw. Storylines mit dem Ziel gruppierten, in diskursiven Auseinandersetzungen eine bestimmte Narration als legitim durchzusetzen. Um dieses Vorgehen zu veranschaulichen, sei hier auf das empirisch gewonnene Argument verwiesen, dass freiwilliges Engagement ein förderungswürdiges Mittel zur Lösung gesamtgesellschaftlicher Krisen sei. An die Erkenntnis, dass dieses Argument seit der Jahrtausendwende auf der bundespolitischen Ebene ein zentrales Aussagereignis darstellt, schloss sich die Frage an, ob dieses Argument im medialen und zivilgesellschaftlichen Kontext Anfang der 1990er Jahre in ähnlicher oder abweichender Weise verwendet wurde. Dieser Suchprozess wurde so lange fortgesetzt, bis die Analyse von

Beiträgen weiterer Diskursteilnehmer keine zusätzlichen Erkenntnisse hinsichtlich der diskursiven Karriere dieses Arguments mehr mit sich brachte und sich ein Sättigungseffekt einstellte.

Mittels dieser theoriegenerierenden Suchkriterien hat sich im Laufe des empirischen Datenauswertungsprozesses ein Textkorpus mit ca. 800 Dokumenten herauskristallisiert. Die nachfolgende Übersichtstabelle beinhaltet nicht das gesamte Textkorpus, sondern nur diejenigen Publikationen, die in dieser Forschungsarbeit auch tatsächlich Erwähnung finden (vgl. Tab. 1).<sup>4</sup> Obgleich die systematische Analyse der medialen, gesellschaftlichen und politischen Debatten über freiwilliges Engagement auf den Zeitraum von 1985 bis 2009 beschränkt ist, wurden zudem ausgewählte Publikationen, die im Anschluss an den engeren Untersuchungszeitraum zwischen 2010 und 2012 erschienen sind, unsystematisch in das Textkorpus aufgenommen.<sup>5</sup> Angesichts der Multidimensionalität des Diskursiven und den interdiskursiven Eigenschaften des Engagementdiskurses setzt sich das Korpus aus verschiedenen Textsorten zusammen. Dementsprechend unterschiedlich fällt auch der Umfang der einzelnen Dokumente aus: Das Spektrum reicht von Zeitungsartikeln, die wenige Zeilen umfassen, bis hin zu Kommissionsberichten mit mehreren 100 Seiten.

Tab. 1: Textkorpus der Dispositiv- und Hegemonieanalyse

Publikationsart	1985-2009	2010-2012
Zeitungs- und Zeitschriftenartikel (FAZ, SZ, Zeit Online, Der Spiegel/Spiegel Online, Focus)	245	8
Politische Dokumente (Reden, Pressemitteilungen, Parteiprogramme, Koalitionsverträge, Drucksachen und Plenarprotokolle des Deutschen Bundestages, politisch-wissenschaftliche Berichte)	184	16
Veröffentlichungen von Vereinen, Verbänden, Stiftungen und Kirchen	75	2
Gesamt	504	26

Quelle: eigene Darstellung

4 | Ein Verzeichnis der insgesamt 530 Einzeldokumente, die im Text direkt zitiert bzw. als Belege angeführt werden, befindet sich am Schluss dieser Forschungsarbeit (vgl. Kap. 9).

5 | Die zusätzlich für den Zeitraum von 2010 bis 2012 ausgewählten Publikationen wurden im Anhang gesondert zusammengetragen (vgl. Kap. 9.2). Ihre Auswahl erfolgte mittels einer gezielten Stichwortsuche, die sich an zentralen Diskursereignissen nach dem Jahr 2009 orientierte (z.B. der Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung im Jahr 2010, der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes im Jahr 2011 oder der Veröffentlichung des ersten Engagementberichts der Bundesregierung im Jahr 2012). Mit Blick auf die mediale Berichterstattung enthält dieses Korpus auch Artikel aus Zeitschriften bzw. Zeitungen, die im Zeitraum von 1985 bis 2009 nicht systematisch erfasst wurden.

Die Zusammenstellung des Textkorpus ist einerseits den theoriegenerierenden Einsichten in die spezifische Karriere des Engagementdiskurses zwischen 1985 und 2009 geschuldet und ergibt sich andererseits aus der zentralen Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit. Entsprechend der Erkenntnis, dass engagement-spezifischen Themen bis Mitte der 1990er Jahre von bundespolitischer Seite ein geringes Maß an Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde, besteht auch das Textkorpus bis zum Jahr 1998 überwiegend aus nicht-politischen Beiträgen. Es setzt sich bis dato vornehmlich aus Berichten und Kommentaren großer deutscher Tages- und Wochenzeitungen, wissenschaftlichen Publikationen und öffentlich zugänglichen Statements von Vertretern der Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Vereine und Stiftungen zusammen. Die Beiträge der zuletzt genannten Diskursteilnehmer wurden jedoch nur zwischen 1985 und 1998 systematisch erhoben. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass die diesbezüglichen Diskussionen hier seitdem zum Erliegen kamen. Vielmehr stellt die Konzentration auf die bundespolitische Ebene seit dem Jahr 1998 nicht nur eine forschungspragmatische Notwendigkeit, sondern eine Konsequenz der zentralen Problemstellung dieser Forschungsarbeit dar, die schwerpunktmäßig nach den De- und Reinstitutionalisierungsprozessen fragt, die der dominante Engagementdiskurs auf der bundespolitischen Ebene nach sich gezogen hat. Da sich das Jahr 1998 im Zuge der Analyse als entscheidender Wendepunkt im bundespolitischen Umgang mit freiwilligem Engagement und den institutionellen Fragen einer staatlichen Engagementpolitik herauskristallisiert hat, war es im Sinne der zentralen Fragestellung nur folgerichtig, den Fokus der empirischen Untersuchung seit 1998 auf den bundespolitischen Bereich zu legen.

Entscheidend für die Zusammensetzung dieses Textkorpus war neben der Orientierung an theoriegenerierenden Minimal- und Maximalvergleichen das Prinzip der Öffentlichkeit, denn nur öffentlich zur Diskussion gestellte Beiträge konnten hier in den Blick genommen werden. Dementsprechend wurden die aufgelisteten politischen Dokumente, wie etwa die Protokolle der Bundestagsdebatten, Bundestags-Drucksachen, politische Reden usw., überwiegend den Dokumentenservern unterschiedlicher offizieller Internetseiten, z.B. des Deutschen Bundestages, des Deutschen Bundespräsidenten, der einzelnen Bundesministerien, der politischen Parteien und der politischen Stiftungen entnommen. Die Analyse der medialen Berichterstattung zwischen 1985 und 2009 beschränkt sich auf die Analyse von Printmedien, genauer gesagt auf Presseartikel der folgenden großen deutschen Tages- und Wochenzeitungen: *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, *Zeit Online*, *Der Spiegel* und *Spiegel Online* sowie des *Focus*. Bei den ausgewählten Presseerzeugnissen handelt es sich um einige der auflagenstärksten überregionalen Wochen- und Tageszeitungen in Deutschland, die gleichsam ein recht breites politisches Spektrum abdecken. Es ist somit davon auszugehen, dass diese ein aussagekräftiges Bild vom öffentlich vorherrschenden Wissensstand zum Thema Bürgerengagement im Untersuchungszeitraum vermitteln können.<sup>6</sup>

**6** | Auf die Analyse von Populärmedien, wie der *BILD*-Zeitung oder anderer Boulevardzeitungen, deren Relevanz für die öffentliche Meinungsbildung wohl unbestritten sein dürfte, wurde im Rahmen der vorliegenden Arbeit aus forschungspragmatischen Gründen verzichtet. Stattdessen erfolgte eine Fokussierung auf die genannten bildungsbürgerlichen Leitmedien.

Im Allgemeinen weisen Printmedien im Gegensatz zur Fernsehberichterstattung zudem den unschätzbaren Vorteil auf, dass sie, wie Michael Schwab-Trapp (2002: 83) zutreffend bemerkt, gesellschaftliche Debatten zumeist über eine längere Zeitspanne hinweg verfolgen. Hierdurch treten die Ursprünge, Inhalte und Teilnehmer einer Diskussion detaillierter in Erscheinung als dies oftmals bei visuellen Medien der Fall ist. Für eine Fokussierung auf Printmedien sprechen ferner forschungsökonomische Gründe: Erstens fehlt es bislang noch an den notwendigen diskursanalytischen Auswertungsverfahren, die eine methodisch kontrollierte Analyse von Bild-, Video- und Tondaten in einem computergestützten Setting, wie dem Vorliegenden, erlauben würden (Schwab-Trapp 2002: 83; Diaz-Bone/Schneider 2008: 524). Zweitens lassen sich die relevanten Artikel über die Internetsuchmaschinen der Zeitschriftenarchive vergleichsweise einfach identifizieren und zusammenstellen. In diesen online zugänglichen Archiven wurde für den gegebenen Zeitraum nach den zentralen Stichworten (Bürger- und Zivilgesellschaft, freiwilliges/bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt) gesucht und die geeigneten Artikel nach einer ersten kursorischen Lektüre in das Textkorpus aufgenommen.

Die Durchsicht und Analyse der politischen Stellungnahmen und der Medienberichterstattung lieferte wiederum Hinweise auf weitere gesellschaftliche Kräfte, die sich rege an der Engagementdiskussion beteiligt haben. Besonders häufig fanden hierbei die großen Wohlfahrtsverbände, allen voran der Deutsche Caritasverband (DCV), sowie die (Sport)Vereine Erwähnung. Aufgrund dieser inhaltlichen Verweisungszusammenhänge und forschungsökonomischer Notwendigkeiten wurden mit Blick auf die Rekonstruktion der Ehrenamtsproblematik in der deutschen Vereins- und Verbandslandschaft im Zeitraum zwischen 1985 und 1998 nur die diesbezüglichen Beiträge der Caritas – stellvertretend für die übrigen Wohlfahrtsverbände – systematisch erhoben. Für diese Fokussierung spricht zudem, dass auch in den wissenschaftlichen Diskussionen übereinstimmend konstatiert wird, dass die Wohlfahrtsverbände und (Groß-)Vereine seit Ende der 1980er Jahre mit ähnlichen Problemen in Sachen Ehrenamt konfrontiert waren (vgl. u.a. Olk 1989a: 7f. sowie die Beiträge in: Kistler/Noll/Priller 1999). Der Zugriff auf die öffentlichkeitserzeugenden Diskussionen des Deutschen Caritasverbandes erfolgte über die verbandseigenen Zeitschriften *Caritas* und *Sozialcourage*, deren Inhaltsverzeichnisse für die Jahrgänge von 1985 bis 1998 auf die bereits genannten Stichworte hin durchsucht wurden. Ebenso berücksichtigt wurden ausgewählte Beiträge aus dem Caritas-Jahrbuch.

Neben der systematischen Erfassung der genannten Publikationen des Caritasverbandes wurden zudem Veröffentlichungen anderer gesellschaftlicher Kräfte unsystematisch in die Analyse eingebunden, die im Zuge der gezielten Suche nach weiteren relevanten Diskursteilnehmern in Erscheinung getreten sind: So gehören beispielsweise auch einige Artikel aus den verbandseigenen Zeitschriften der AWO, der Diakonie und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sowie die themenrelevanten Jahresberichte der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW) zum Textkorpus. Ergänzend wurde zudem eine Reihe von Veröffentlichungen gesellschaftlicher Diskursteilnehmer hinzugezogen, die zeigen, dass die Themen Bürgergesellschaft und Ehrenamt bereits Anfang der 1990er Jahre große öffentliche Aufmerksamkeit erregten. Hierzu zählen u.a. Dokumentationen der in den 1990er Jahren mit zunehmender Zahl stattfindenden diesbezüglichen Tagungen, engagementspezifische Publikationen von politischen und politikfernen

Stiftungen sowie einzelne Statements von Vertretern der Kirchen, des Deutschen Kulturrates e.V., des Deutschen Kinderhilfswerkes, des Deutschen Bundesjugendrings und des Deutschen Sportbundes. Bereits die Vielfalt der genannten Diskursteilnehmer verweist eindrücklich auf die inhaltliche Breite und die erstaunliche Resonanz der engagementspezifischen Debatten im Zeitraum zwischen 1985 und 1998, d.h., noch bevor bundespolitische Subjekte diesem Thema ein vermehrtes Interesse entgegengebracht.

Keine gesonderte Erwähnung im Textkorpus finden die zahlreichen wissenschaftlichen Beiträge, die als wichtige Informationsquelle ein unverzichtbares Grundlagenwissen für die Analyse des Engagementdiskurses bereitgestellt haben. Denn obgleich es das Ziel dieser Diskursanalyse war, die empirischen Erkenntnisse für sich selbst sprechen zu lassen, lag auch hier, wie Diaz-Bone treffend bemerkt, »die scheinbar paradoxe Situation vor, dass bereits ein Vorab-Wissen über den Diskurs vorliegen muss, um ihn empirisch zu ›erkennen« (Diaz-Bone 1999: 130f.). Wissenschaftliche Diskussionen flossen vor allem dann in die Präsentation der empirischen Ergebnisse ein, wenn es sich z.B. um Studien oder Expertenberichte handelte, die von politischen Eliten oder Stiftungen in Auftrag gegeben wurden, oder um wissenschaftliche Erkenntnisse, die, wie etwa statistische Erhebungen zum Umfang freiwillig erbrachter Leistungen, von einer Vielzahl zentraler Diskursteilnehmer rezipiert wurden.

Nachdem der Verlauf der Datenerhebung und Textkorpusbildung nun in detail skizziert worden ist, gilt es im Folgenden, dem zweiten zentralen Element des Forschungsprozesses Aufmerksamkeit zu schenken, das, wie bereits erwähnt, im Gleichschritt mit dem Textsampling voranschreitet: der Datenauswertung.

### 3.4 DATENAUSWERTUNG

Es ist bereits mehrfach angeklungen, dass sich die vorliegende Diskursanalyse als ein offener und entdeckender Analyseprozess versteht, der im Spektrum der qualitativ-interpretativen Sozialforschung zu verorten ist. Die Entscheidung für ein derartiges Vorgehen fußt zum einen auf dem bereits erläuterten Fehlen eines umfassenden diskursspezifischen Vorab-Wissens und zum anderen auf der von Michael Schwab-Trapp treffend formulierten Erkenntnis, dass

»nur eine interpretative Analyse, die auch ›zwischen den Zeilen‹ liest und Verbindungslinien zwischen Diskursbeiträgen zieht, der diskursanalytisch zentralen Prämisse gerecht werden [kann], dass die Bedeutung eines Textes nicht in diesem selbst, sondern in den Beziehungen besteht, die Diskursbeiträge untereinander und zu anderen Diskursen eingehen.« (Schwab-Trapp 2002: 73)

Im Hinblick auf die interpretative Feinanalyse wird im Folgenden erneut auf die Grounded Theory Bezug genommen, da diese nicht nur für den soeben ausführlich skizzierten Prozess des Textsamplings, sondern auch für den konkreten Umgang mit dem empirischen Datenmaterial sowohl im Rahmen der Dispositiv- als auch der Hegemonieanalyse wertvolle Hinweise liefert. An dieser Stelle sei nochmals daran erinnert, dass es sich bei der gegenstandsbezogenen Theoriebildung entlang der Prämissen der Grounded Theory um einen spiralförmigen Suchpro-



zess handelt, der sich durch eine beständige »Hin- und Herbewegung zwischen theoretisch angeleiteter Empirie und empirisch gewonnener Theorie« auszeichnet (Dausien 1996: 93). Der Erkenntnisprozess tritt folglich als stetiges Wechselspiel aus induktiver Generierung neuer Annahmen und deduktiver Überprüfung der gewonnenen Einsichten am empirischen Datenmaterial in Erscheinung, weshalb Inga Truschkat diesen zutreffend als einen »iterativ-zyklische[n] Prozess experimenteller Erprobung« bezeichnet (Truschkat 2013: 80). Die Stärke dieser spezifischen Vorgehensweise liegt Glaser und Strauss (2005: 83) zufolge darin, dass die entwickelten Kategorien aus den empirischen Daten selbst hervorgehen und von diesen zugleich permanent kontrolliert werden.

Im Mittelpunkt der konkreten Analysetätigkeit in Anlehnung an die Grounded Theory stehen der Prozess des »Kodierens« und das Schreiben sog. »Memos«. Memos sind »schriftliche Analyseprotokolle« (Strauss/Corbin 1996: 169), die in Form von Code-Notizen, theoretischen Kommentaren oder Planungs-Notizen den Prozess der Auswertung des umfassenden Textkorpus fortwährend begleitet haben. Diese Notizen dienen dem grundlegenden Ziel, weiterführende und erläuternde Überlegungen zu spezifischen Textpassagen und vergebenen Codes festzuhalten, wodurch nicht nur die Nachvollziehbarkeit der Erkenntnisse erleichtert, sondern auch der letztendliche Theoriebildungsprozess angeleitet wurde (vgl. ausführlich Strauss 1991: 45, 151-174; Strauss/Corbin 1996: 169-192). Unter Kodierung im Sinne der Grounded Theory versteht man die »analytisch-interpretative Gewinnung theoretischer Begriffe bzw. Kategorien aus dem empirischen Datenmaterial heraus« (Keller 2008b: 94). Im Gegensatz zu Verfahren, bei denen ein deduktiv gewonnenes Kategoriennetz über das Datenmaterial gelegt wird, zeichnet sich der Kodierprozess der Grounded Theory dadurch aus, dass die einzelnen Kategorien induktiv im Zuge der Datenauswertung und im stetigen Abgleich mit den bisherigen Analyseergebnissen sukzessive entwickelt werden. Um die empirisch gewonnenen Erkenntnisse interpretativ zu durchdringen und diese letztendlich zu einer aussagekräftigen Theorie zu verdichten, untergliedern die Vertreter der Grounded Theory den Kodierprozess in drei Phasen und unterscheiden zwischen dem offenen, axialen und selektiven Kodieren (Strauss 1991: 94; Strauss/Corbin 1996: 40). Die einzelnen Kodierphasen gelten wiederum dann als abgeschlossen, wenn sich insofern ein datenbezogener Sättigungseffekt einstellt, als die Formulierung von zusätzlichen Fragen und das Anstellen weiterer Vergleiche keinen zusätzlichen Erkenntnisgewinn mehr mit sich bringen.

Durch die Orientierung an den genannten Analyseschritten der Grounded Theory wird der Auswertung des umfangreichen Textkorpus ein notwendiges Maß an Nachvollziehbarkeit und Struktur verliehen. Allerdings darf sich der Analyseprozess hierbei, will er offen und entdeckend bleiben, nicht in ein allzu enges Korsett pressen lassen. Dementsprechend bildete die Vorgehensweise der Grounded Theory einen method(olog)ischen Rahmen für das vorliegende diskursanalytische Untersuchungsprogramm, der jedoch entsprechend des jeweiligen Erkenntnisinteresses im Forschungsprozess modifiziert und angepasst wurde. Im Gegensatz zur Darstellung des Textkorpus ist es bei der nachfolgenden Skizzierung des konkreten Auswertungsprozesses notwendig, zwischen den verschiedenen Untersuchungssträngen dieser Arbeit, d.h. der Dispositivanalyse einerseits und der Hegemonieanalyse andererseits, zu unterscheiden. Obgleich sich beide Diskursanalysen auf das erarbeitete Textkorpus beziehen und ihnen, zumindest im Anfangsstadium,

dieselben Analyseschritte in Anlehnung an die Grounded Theory zugrunde liegen, operieren sie auf unterschiedlichen Erkenntnisebenen und werden daher im Folgenden getrennt voneinander betrachtet. Gerade die als Hegemonieanalyse konzeptualisierte Diskursanalyse ist hierbei mit zusätzlichen methodischen Anforderungen verknüpft. Im Rahmen dieses Methodenkapitels werden für beide Untersuchungsstränge nur diejenigen Analyseschritte präsentiert, die sich auf die konkrete Datenauswertung in Anlehnung an die Prämissen der Grounded Theory beziehen. Die zusätzlichen hegemonieanalytischen Überlegungen werden aus Gründen der besseren Nachvollziehbarkeit der Ergebnispräsentation in einem eigenen Methodenkapitel im Anschluss an den ersten Teil der Ergebnisdarstellung gesondert vorgestellt (vgl. Kap. 5).

Die Datenauswertung erfolgte in beiden Fällen computergestützt mit Hilfe der Datenanalysesoftware MAXQDA. Dieses Programm wurde speziell für die qualitative Analyse und Verwaltung großer Textmengen entwickelt (Kelle 2004: 488f., 499) und trug somit maßgeblich zur Vereinfachung und Verkürzung des Untersuchungsprozesses bei, zumal ein Großteil der verwendeten Dokumente bereits in digitalisierter Form vorlag. Zudem orientiert sich der methodische Aufbau von MAXQDA an den Prämissen der Grounded Theory. So konnten hiermit die einzelnen Codes beginnend mit dem ersten Textdokument sukzessive entwickelt und revidiert sowie in einen flexibel handhabbaren Code-Baum integriert, Kommentare und gedankliche Verknüpfungen in Memos festgehalten und die Kategorien des Kodiersystems mit ihren jeweiligen Textpassagen einzeln ausgegeben werden. Zudem trägt diese Analysesoftware dem Prinzip der Offenheit diskursanalytischer Verfahren im Anschluss an die Grounded Theory insofern Rechnung, als stets neue Textdokumente hinzugefügt, bestehende Kategorien neudefiniert und Textstellen jederzeit rekodiert werden können (Diaz-Bone/Schneider 2008: 519-524).

### 3.4.1 Die Analyse der Dispositive der Freiwilligkeit

Bereits Strauss und Corbin weisen darauf hin, dass die Phasen des offenen und axialen Kodierens zumeist nur analytisch voneinander getrennt werden können, da sich der konkrete Forschungsprozess in der Regel, so auch in diesem Fall, durch einen beständigen Wechsel zwischen diesen beiden Kodiermodi auszeichnet (Strauss/Corbin 1996: 77). Beginnend beim hier als bedeutsam ausgewählten Diskursbeitrag »Die zivile Bürgergesellschaft« von Gerhard Schröder (2000a) setzte ein Prozess des offenen Kodierens ein (Strauss 1991: 95-101; Strauss/Corbin 1996: 43-55), im Rahmen dessen die engagementbezogenen Phänomene und Ereignisse durch die Vergabe von Codes kategorisiert und systematisiert wurden. Dieser Prozess des offenen Kodierens wurde im Sinne des axialen Kodierens stets von Bemühungen begleitet, die unverbundenen Codes zueinander in Beziehung zu setzen und zu aussagekräftigen Kategorien zu verdichten (Strauss 1991: 101-106; Strauss/Corbin 1996: 75-93). Indem dieser Vorgang auch auf die übrigen Texte des sich sukzessive entwickelnden Textkorpus – allerdings mit abnehmendem Detailreichtum – angewandt wurde, wurden die engagementbezogenen Kategorien im Verlauf des Kodierprozesses fortwährend erweitert und spezifiziert. Hierbei wurde mitunter auf die Möglichkeit der In-Vivo-Kodierung zurückgegriffen, d.h., ein im Text direkt vorkommender, besonders aussagekräftiger Begriff wurde als Bezeichnung für einen Code oder eine übergeordnete Kategorie herangezogen. So geht z.B. die

Bezeichnung der aktivierungsprogrammatischen Subjektivierungsfigur durch den Code »engagierter Bürger« auf eine derartige In-Vivo-Kodierung zurück.

Der Einsicht in die Multidimensionalität des Diskursiven Rechnung tragend wurden die entwickelten Kategorien entlang der Dimensionen Körper, Objekte, Institutionen und Episteme gruppiert sowie gleichzeitig den subjektbezogenen Verhaltensaufforderungen Aufmerksamkeit geschenkt. Im Hinblick auf die institutionelle Dimension konnte auf diese Weise eine Übersicht über die zentralen engagementspezifischen Institutionen zusammengestellt werden, die von den traditionellen deutschen Wohlfahrtsverbänden und Großvereinen über Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen und Freiwilligenagenturen bis hin zu engagementsspezifischen landes- und bundespolitischen (Modell-)Programmen (z.B. Mehrgenerationenhäuser, Initiative ZivilEngagement) und Gesetzesinitiativen (z.B. »Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements«) reicht. Die aufscheinenden Körperbezüge beschränken sich im vorliegenden Fall auf die gesundheitsbezogenen Vorteile des freiwilligen Engagements sowie ihre Anti-Aging-Wirkung. Die Objektdimension untergliedert sich in ehrenamtstypische Objekte der Anerkennung, wie etwa Ehrennadeln und -medaillen, sowie in unterschiedlich konnotierte freizeitbezogene Objekte, wie das Sofa, den Fernseher, die Inline-Skates oder den Game-Boy. Außerdem wurde eine große Vielzahl wissensbezogener Kategorien identifiziert, von denen hier nur einige exemplarisch genannt werden: Freiwilliges Engagement trat in Erscheinung als Allheilmittel gesamtgesellschaftlicher Krisenerscheinungen, als brachliegendes Potenzial und Ressource, als altruistischer Akt der Selbstverpflichtung, als sinnvolle Freizeitgestaltung oder als generationsübergreifender Dienst an der Gemeinschaft. Wissenschaftliche Spezialdiskurse, wie etwa der Struktur- und Motivationswandel des Ehrenamtes sowie die Debatten zum Thema Selbstentfaltung und Individualisierung, fanden hier ebenso Berücksichtigung wie erfahrungsbasierte Wissensbestände, wozu z.B. die in der Vereins- und Verbandslandschaft verbreitete Rede von der Krise des Ehrenamtes zählt.

Indem diese unterschiedlichen Dimensionen zudem entsprechend ihres zeitlichen Auftretens geordnet wurden, konnte nachvollzogen werden, wie sich die einzelnen Dimensionen der Regierung der Freiwilligkeit zwischen 1985 und 2009 verändert bzw. entwickelt haben. Während z.B. mit Blick auf die institutionelle Dimension bis weit in die 1990er Jahre hinein vor allem die traditionellen deutschen Wohlfahrtsverbände und Großvereine, alternative Bündnisformen, wie Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen, und nur einzelne landes- und bundespolitische (Modell-)Programme (z.B. Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen) im Mittelpunkt standen, erweiterte sich dieses Spektrum seit der Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik im Jahr 1998 um eine Vielzahl von bundespolitischen Modellprojekten und Gesetzesinitiativen. Durch die Berücksichtigung der zeitlichen Dimension konnte zudem die Veränderbarkeit wissenschaftlichen Spezialwissens im Zuge seiner – insbesondere politischen – Rezeption offengelegt werden: Exemplarisch hierfür sei auf die seit Mitte der 1980er Jahre in der Ehrenamtsforschung mit zunehmender Intensität diskutierte These vom neuen Ehrenamt und der damit einhergehenden brachliegenden Engagementpotenziale verwiesen, die im Laufe der 1990er Jahre sowohl Eingang in verbandliche wie auch politische Diskussionen fand und im Rahmen letzterer schließlich in die Annahme einer engagementspezifischen Win-win-Situation mündete. Ähnliches gilt für die Objekt- und Körper-

bezüge, denn sowohl die Bedeutung von objektbezogenen Anerkennungsformen wie der Ehrennadel als auch die Fokussierung auf die gesundheitsförderlichen Implikationen des Ehrenamtes waren im Untersuchungszeitraum grundlegenden Veränderungen unterworfen.

Um die Regierung der Freiwilligkeit, verstanden als sich überlagernde und ineinander übergehende Dispositive der Freiwilligkeit, im Untersuchungszeitraum zu erfassen, war es im nächsten Schritt notwendig, den Verknüpfungen zwischen diesen unterschiedlichen Aussagedimensionen Aufmerksamkeit zu schenken. Auch hierfür liefert die Grounded Theory, genauer gesagt: der auf einer höheren Abstraktionsebene angesiedelte Prozess des selektiven Kodierens, wertvolle Hinweise (Strauss 1991: 106-115; Strauss/Corbin 1996: 94-117). Das Ziel dieses abschließenden Kodiervorgangs besteht darin, den »roten Faden« (Strauss/Corbin 1996: 98) zu identifizieren, der die einzelnen Kategorien – bezogen auf eine Kern- oder Schlüsselkategorie – zu einer konsistenten und unverwechselbaren Erzählung verdichtet, »durch die sich der betreffende Diskurs von anderen unterscheidet« (Keller 2008b: 95). Angesichts des bereits angedeuteten Wandels der dimensionsbezogenen Kategorien im Untersuchungszeitraum haben sich im Zuge des selektiven Kodierprozesses, d.h. der Hierarchisierung und In-Beziehung-Setzung der zentralen Kategorien zum Zwecke der Identifikation einer Kernkategorie, nicht eine, sondern drei Schlüsselkategorien herauskristallisiert, die dem Wandel im Umgang mit freiwilligem Engagement – auch mit Blick auf die verwendete diesbezügliche Terminologie – im zeitlichen Verlauf Rechnung tragen: Hierbei handelt es sich um die Kernkategorien »Ehrenamt als altruistischer Akt der Selbstverpflichtung«, »Freiwilliges Engagement als sinngenerierende Form der Freizeitgestaltung« und »Bürgerengagement als (brachliegendes) Potenzial«. Indem alle anderen dimensionsbezogenen Codes auf diese Schlüsselkategorien bezogen wurden, bildeten sich drei – zeitlich versetzte und sich überlagernde – engagementspezifische Erzählungen heraus, für deren nähere Beschreibung auch Strauss und Corbin interessanterweise das Konzept der »story line« heranziehen (Strauss/Corbin 1996: 94).

Mittels derartiger Storylines konnte dem dispositiven Netz, das – bezogen auf eine Schlüsselkategorie – zwischen den epistemischen, institutionellen sowie körper- und objektbasierten Aussagen aufgespannt wird, die Form konsistenter Erzählungen über die Neuverhandlung freiwilligen Engagements zwischen 1985 und 2009 gegeben werden: Zu diesen drei identifizierten engagementspezifischen Storylines zählt erstens die Erzählung des traditionellen Ehrenamtes, die im westlichen Teil Deutschlands seit Ende der 1950er Jahre über viele Jahrzehnte hinweg vorherrschend war und in deren Mittelpunkt die Kernkategorie »Ehrenamt als altruistischer Akt der Selbstverpflichtung« steht. Diese Erzählung wurde im Rahmen der vorliegenden Dispositivanalyse nur überblicksartig erfasst, da sie vor allem als Hintergrundfolie für die sich deutlich davon abgrenzende Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre dient, die seit Mitte der 1980er Jahre deutlich in Erscheinung tritt. Die multidimensionalen Aussagen gruppieren sich hier um die Schlüsselkategorie »Freiwilliges Engagement als sinngenerierende Form der Freizeitgestaltung«. Zu einem erneuten Wandel im Umgang mit freiwilligem Engagement kam es durch die Herausbildung der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource im Laufe der 1990er Jahre, in deren Fokus die Kernkategorie »Bürgerengagement als (brachliegendes) Potenzial« steht. Der

ausführlichen Herleitung und Beschreibung dieser engagementspezifischen Storylines widmet sich der erste Teil der Ergebnisdarstellung (vgl. Kap. 4).

### **3.4.2 Die Analyse der hegemonialen Konflikte um die institutionelle Dimension der Engagementförderung**

Im zweiten zentralen Analysestrang dieser Forschungsarbeit geht es um die Aufdeckung der hegemonialen Konflikte, die sich im Untersuchungszeitraum zwischen verschiedenen Diskurskoalitionen um die institutionelle Dimension der Engagementförderung entsponnen und hierdurch zur Herausbildung und Veränderung der niemals vollständig fixierbaren Dispositive der Freiwilligkeit beigetragen haben. Im Mittelpunkt dieser diskursiven Auseinandersetzungen stand die Frage, ob es eine Aufgabe des Staates sei, dem von den Vereinen und Verbänden erheblich problematisierten Nachlassen der Engagiertenzahlen in den eigenen Reihen mit Hilfe engagementbezogener institutioneller Reformen entgegenzuwirken.

Die als Hegemonieanalyse konzeptualisierte Diskursanalyse fußte sowohl auf demselben Textkorpus als auch – zumindest was das offene und axiale Kodieren anbetrifft – auf den soeben skizzierten Kodierungsschritten. Der Übergang auf eine höhere Abstraktionsebene, d.h. die Bildung von Schlüsselkategorien im Sinne des selektiven Kodierens, wurde hier allerdings nicht vollzogen. Stattdessen wurde mit den aus den offenen und axialen Kodierprozessen hervorgegangenen dimensionsbezogenen Codes (Institutionen, Körper, Objekte und Episteme) weitergearbeitet, da auf dieser Ebene das »Sprechen der Akteure (qua [...] Zeitungs- oder Gesetzestext)« (Denninger u.a. 2014: 56) noch nachvollziehbar ist und somit die Beiträge der einzelnen Diskursteilnehmer rekonstruiert werden können. Im Zuge der erneuten Sichtung dieser Codes wurden diejenigen Gruppen- und Organisationssubjekte identifiziert, die sich besonders intensiv an den hegemonialen Konflikten um die institutionelle Dimension der Engagementförderung beteiligt haben: Hierzu gehören die Freiwilligen selbst, deren Forderungen vor allem dann auf Gehör stießen, als sie sich vermittelt über größere Freiwilligengruppierungen, wie etwa den Caritas-Konferenzen Deutschlands, an die Öffentlichkeit wandten. Darüber hinaus meldeten sich in diesem Kontext vor allem die Dachverbände für Sport, Kultur und Soziales, Sozialwissenschaftler, die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Kommunal- und Landespolitiker sowie die bundespolitischen Fraktionen zu Wort.

Im Anschluss an die Identifikation der zentralen Diskursteilnehmer wurden die wissensbezogenen Codes erneut unter Berücksichtigung der jeweiligen Urheber bzw. Sprecher der Diskursbeiträge gesichtet und die jeweiligen Positionen der Diskursbeteiligten bezüglich der institutionalisierten Gestalt einer staatlichen Engagementpolitik herausgearbeitet. Hierbei wurde vor allem den typischen Argumentationsmustern der genannten Gruppen- und Organisationssubjekte Aufmerksamkeit geschenkt, mit deren Hilfe sowohl differierende Ursachen für ein und dasselbe Problem, in diesem Fall: die nachlassenden Engagiertenzahlen in den deutschen Vereinen und Verbänden, als auch unterschiedliche Problemlösungen, gerade hinsichtlich der Rolle des Staates, präsentiert wurden. Das Ergebnis dieses Analyseschritts waren verschiedene, je nach Sprecher variierende Causal Stories über die Ursachen, Folgen und Lösungen der problematisierten Entwicklungen im Ehrenamt. Der Vergleich dieser spezifizierend als Policy-Narrative bezeichneten Erzählungen öffnete erstens den Blick dafür, welche Gruppen- und Organisa-

tionssubjekte sich als Diskurskoalitionen um ähnliche Positionen gruppierten und zweitens, wo die zentralen inhaltlichen Konfliktlinien verliefen. Auf eine vertiefende Darstellung des komplexen hegemonieanalytischen Umgangs mit den auf diese Weise identifizierten Diskurskoalitionen und Causal Stories wird an dieser Stelle allerdings verzichtet. Die weiteren, an die hegemonietheoretischen Überlegungen Martin Nonhoffs und Maarten A. Hajers anschließenden Analyseschritte werden im Anschluss an den ersten Teil der Ergebnispräsentation im Rahmen eines eigenen Methodenkapitels ausführlich präsentiert (vgl. Kap. 5). Eine detaillierte Herleitung derselben an dieser Stelle würde zu einer unnötigen Undurchsichtigkeit des methodischen Vorgehens führen. Nichtsdestotrotz soll im Folgenden zumindest einer Subjektgruppe Aufmerksamkeit geschenkt werden, deren Rolle als gesellschaftliche Ko-Produzenten dispositiver Realitäten bereits im ersten Teil der Ergebnispräsentation beleuchtet wird: den Freiwilligen.

Obgleich im Rahmen dieser Forschungsarbeit keine Interviews durchgeführt wurden, war es möglich, die Engagierten selbst, vermittelt über Zeitungsinterviews, Positionspapiere verbandlicher Freiwilligenvertretungen sowie quantitative und qualitative Freiwilligenbefragungen, zu Wort kommen zu lassen. Der Auswertung dieser Textdokumente lag die erkenntnisleitende Frage nach der Alltagsrelevanz der Dispositive der Freiwilligkeit zugrunde, d.h., in welcher Weise diese durch die Freiwilligen selbst wahrgenommen, verarbeitet oder gar zurückgewiesen werden. Die Subjektgruppe der Freiwilligen stellt hierbei zugegebenermaßen eine ausgesprochen heterogene Kategorie dar, da Freiwillige in ganzen unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen, wie Sport/Freizeit, Soziales, Politik, Gesundheit/Pflege usw., tätig sind. Eine Eingrenzung und Fokussierung auf einen dieser Bereiche war angesichts des spezifischen Forschungsinteresses dieser Arbeit erstens nicht zweckdienlich und zweitens auch nicht möglich, da in den analysierten Textdokumenten Freiwillige aus allen genannten Gesellschaftsbereichen betrachtet werden bzw. selbst zu Wort kommen. Angesichts dieser Heterogenität besteht das Ziel der auf die Subjektgruppe der Freiwilligen bezogenen Ausführungen im ersten Teil der Ergebnisdarstellung darin, einen möglichst breiten Überblick über die Dispositiv-Aneignung und -Verarbeitung zu geben. Trotz dieses allgemeinen Anspruches stehen gerade zu Beginn des Untersuchungszeitraums die verbandlich organisierten Freiwilligen des Deutschen Caritasverbandes im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, da diese ihre engagementspezifischen Forderungen seit Ende der 1980er Jahre mit besonderem Nachdruck publik gemacht haben. Angesichts der Fokussierung dieser Forschungsarbeit auf die Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik seit Ende der 1990er Jahre wird dem Umgang der Freiwilligen mit der engagementspezifischen Regierungsprogrammatik gerade in dieser frühen Formierungsphase, d.h. Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre, vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt, während die diesbezüglichen Reaktionen in den 2000er Jahren – aufgrund der vordringlichen Bedeutung der institutionellen Dimension – nur noch in Grundzügen skizziert werden.

Die Frage, inwieweit die Engagierten (bzw. ihre Vertretungsorganisationen) durch ihre Alltagspraxis auch zur Umarbeitung der Dispositive der Freiwilligkeit beitrugen und sich z.B. als Teil von Diskurskoalitionen intensiv an den Auseinandersetzungen um die institutionalisierte Gestalt einer staatlichen Engagementförderung beteiligten, wird hingegen im Rahmen des zweiten Teils der Ergebnispräsentation näher ausgeführt (vgl. Kap. 6).

### 3.5 ERGEBNISDARSTELLUNG

Der konkreten Ergebnisdarstellung gilt es zunächst, einige allgemeine Hinweise vorzuschicken: Angesichts des umfassenden Textkorpus und des feingliedrigen Untersuchungsverfahrens bedarf die Entscheidung, auf eine detaillierte Wiedergabe des gesamten diskursanalytischen Rekonstruktionsprozesses zu verzichten, wohl keiner ausführlichen Begründung. Allein der Versuch einer vollständigen Wiedergabe des Verfahrens mit all seinen Einzelschritten würde nicht nur den Umfang einer Qualifikationsarbeit sprengen, sondern auch die Geduld des Lesers über die Maßen strapazieren. Dementsprechend werden die diskursanalytischen Ergebnisse im Folgenden in verdichteter Textform wiedergegeben, wobei die Anschaulichkeit der Erkenntnisse durch zusammenfassende Schaubilder sowie Datenbeispiele gewährleistet wird. Da die herangezogenen Textzitate in dieser Darstellungsform notwendigerweise auf ihre illustrative Funktion reduziert werden, ist es notwendig, ihre hierbei in den Hintergrund tretende analytische Bedeutung bei der induktiven Generierung von Ideen und der Hypothesenbildung und -prüfung stets im Hinterkopf zu behalten. Zudem ist es im Rahmen der Darstellung diskursanalytischer Ergebnisse weder möglich noch funktional, Redundanzen vollkommen zu vermeiden. Diskurse sind »selbst hochgradig redundante Phänomene, die ihre Legitimations- und Überzeugungspotenziale gerade auch in ihrer Redundanz entfalten« (Schwab-Trapp 2002: 86). Wenn sich folglich die öffentlichen Diskussionen über ein Thema durch Redundanzen auszeichnen, kommt man auch in der Ergebnispräsentation nicht umhin, diesen Wiederholungen Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Darstellung der empirischen Ergebnisse ist anders als der Auswertungs- und Datenerhebungsprozess chronologisch aufsteigend angelegt und untergliedert sich in zwei Teile, die durch ein weiteres Methodenkapitel voneinander getrennt sind, wobei in jedem Teil der Untersuchungszeitraum einmal von Anfang bis Ende durchschritten wird. Im ersten Teil der Ergebnispräsentation geht es darum, durch die Sichtbarmachung der Regierung der Freiwilligkeit als komplexe dispositive Verknüpfungsordnung ein tieferes Verständnis für die Neuverhandlung des freiwilligen Engagements im Untersuchungszeitraum zu entwickeln. Der Fokus des zweiten Ergebnisteils liegt auf den sich um die institutionelle Dimension der Engagementförderung entspinneenden Konflikten, die gleichsam eine Erklärung für die diskursive Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit liefern. Um den Fortgang der empirischen Analyse besser nachvollziehen zu können, wird im Folgenden die Ergebnisdarstellung in beiden Analyseteilen zumindest überblicksartig dargelegt, wobei die diesbezüglichen Ausführungen für die Hegemonieanalyse notwendigerweise skizzenhafter ausfallen.

Im Mittelpunkt des ersten Teils der Ergebnispräsentation stehen die Resultate der engagementbezogenen Dispositivanalyse. Beginnend beim traditionellen Ehrenamts-Dispositiv über das engagementspezifische Selbstverwirklichungs-Dispositiv bis hin zum Produktivitäts-Dispositiv werden die zentralen Veränderungen im gesellschaftlichen Umgang mit freiwilligem Engagement in Deutschland zwischen 1985 und 2009 sukzessive entwickelt. Eine geeignete Darstellungsform für



diese Art der Ergebnispräsentation stellt das Storyline-Konzept<sup>7</sup> dar, das auch von Strauss und Corbin (1996: 94) als Bezeichnung für die abschließende Entwicklung einer gegenstandsbezogenen Theorie herangezogen wird. Das Netz, das zwischen den Aussagen über Körper, Objekte, Institutionen und Episteme geknüpft wird, erhält hierdurch die Form einer Narration, in der die multidimensionalen Aussagenbündel miteinander in Beziehung gesetzt und zu einer konsistenten Erzählung über die Neuverhandlung freiwilligen Engagements im Untersuchungszeitraum verdichtet werden. Die einzelnen Dispositive der Freiwilligkeit werden jedoch nicht in Reinform beschrieben, sondern stets in ihrer Verknüpfung mit anderen wirkmächtigen Dispositiven, wie etwa der sozialstaatlichen Aktivierungsprogrammatis, der Krise der Arbeitsgesellschaft oder der gesellschaftlichen Neubewertung des Alters. Außerdem wird jeweils im Anschluss an die Skizzierung der einzelnen Storylines den alltagspraktischen Aneignungsmodi des Engagementdiskurses durch die Freiwilligen Aufmerksamkeit geschenkt und nach der Alltagsrelevanz und -verarbeitung der Dispositive gefragt.

Im Vorgriff auf das nachfolgende Kapitel sei an dieser Stelle auf einige Besonderheiten des ersten Teils der Ergebnispräsentation hingewiesen:<sup>8</sup> Die Storyline des traditionellen Ehrenamtes wird hier nur überblicksartig skizziert, da sie vor allem als Hintergrundfolie für die sich deutlich davon abgrenzende Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre dient, die seit Mitte der 1980er Jahre in Erscheinung tritt. Die größte Aufmerksamkeit wird im Rahmen der Ergebnispräsentation der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung entgegengebracht, die sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre herauskristallisiert hat. Der Grund hierfür ist, dass die Entwicklung dieser Erzählung untrennbar mit der Herausbildung einer staatlichen Engagementpolitik verbunden ist, deren Entstehungsbedingungen bekanntlich einen zentralen Untersuchungsschwerpunkt dieser Forschungsarbeit bilden. Die Darstellung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 1994 und 2009 gliedert sich daher in drei Phasen, die sich vor allem mit Blick auf die institutionelle Dimension voneinander unterscheiden: Während die liberal-konservative Bundesregierung in ihrer letzten Legislaturperiode (1994-1998) jegliche Verantwortung für eine institutionelle Engagementförderung

**7** | Es sind die folgenden drei Eigenschaften, die das Storyline-Konzept für die Darstellung der Ergebnisse der Dispositivanalyse so wertvoll machen: Erstens sind Storylines im Rahmen des Theoriebildungsprozesses der Grounded Theory von zentraler Bedeutung; zweitens kann, wie bereits an anderer Stelle detailliert dargelegt (vgl. Kap. 2.3), mittels Storylines die Regierung der Freiwilligkeit im Dreieck von Macht, Wissen und Subjektivität, das den gouvernementalitätstheoretischen Regierungsbegriff auszeichnet, sichtbar gemacht werden; und drittens stellen Storylines eine adäquate Möglichkeit dar, die Multidimensionalität der diskursiv konstruierten Ordnung der Freiwilligkeit abzubilden.

**8** | Um den Lesefluss nicht allzu stark zu stören, wird bei der Darstellung der Storylines – entgegen der sonst üblichen Zitierweise – mitunter darauf verzichtet, alle Nachweise in Klammern direkt am Ende eines Satzes zu platzieren. Stattdessen werden die Nennungen zahlreicher Nachweisstellen mitunter in die Fußnoten ausgelagert. Die Beschränkung der Liste relevanter Nachweise auf eine kleinere Auswahl stellt im Rahmen dieser Forschungsarbeit keine gangbare Alternative dar, da die Häufigkeit der Nennung eines diskursiven Elements Aufschluss darüber gibt, welche Bedeutung diesem Knotenpunkt im Netz dispositiver Verknüpfungen zukommt.

weitgehend von sich wies, hat die rot-grüne Bundesregierung erste engagementpolitische Maßnahmen initiiert (1998-2002), die in den Folgejahren um weitere gesetzliche Neuerungen ergänzt und zu einer staatlichen Engagementpolitik verdichtet wurden (2002-2009).

In diesem Kontext sei zudem angemerkt, dass es sich bei der Storyline Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource vornehmlich um eine im wissenschaftlich-politischen Kontext produzierte Wissensordnung und öffentliche Anrufungspraxis handelt, die sich zwar sukzessive in bundespolitischen Modellprogrammen und Gesetzesinitiativen niederschlägt, in deren dispositives Netz bislang jedoch nur wenige Körper- und Objektbezüge eingewoben sind. Angesichts dieses noch recht schwachen Institutionalierungsgrades kommt zum einen den sich seit der Jahrtausendwende neu entspinrenden Fäden einer staatlichen Engagementpolitik eine zentrale Bedeutung zu, da die initiierten engagementpolitischen Maßnahmen, verstanden als mit Gültigkeit versehene, geronnene Wissensbestände, zumindest einen ersten Eindruck vom Vollzug dieser Programmatik vermitteln können. Zum anderen stellt sich mit Blick auf das Produktivitäts-Dispositiv die Frage, welche subjektbezogenen Verhaltensvorstellungen in den Linien dieses Netzes zu dem konsistenten Bild der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« verdichtet werden. Für die Rekonstruktion der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung bedeutet dies, dass sowohl die in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« kulminierende engagementbezogene Anrufungspraxis offengelegt als auch am Beispiel ausgewählter Modellprogramme und Gesetzesinitiativen gezeigt wird, in welcher Weise die vor allem politisch lancierten Wissensbestände der Produktivitäts-Erzählung eine erste Institutionalisierung im Rahmen engagementspezifischer Programme und Gesetzesnovellierungen erfahren haben.

Im zweiten Teil der Ergebnispräsentation geht es grundlegend darum, unter Rückgriff auf hegemonietheoretische Überlegungen eine Begründung für den diskursiven Wandel der auf der Ebene des Verstehens skizzierten dominanten Storylines zu finden. Dieser Analyseteil verfolgt das Ziel, über die Aufdeckung der hegemonialen Konflikte zwischen verschiedenen Diskurskoalitionen um die institutionalisierte Gestalt einer staatlichen Engagementpolitik zu einer Erklärung der diskursiven Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit insgesamt vorzudringen. Um einen ersten Eindruck von der konkreten Umsetzung dieser komplexen Analyseperspektive zu vermitteln, sollen die beiden hierfür notwendigen Schritte an dieser Stelle kurz umrissen werden.

Bezug nehmend auf die diskursanalytisch erarbeiteten Causal Stories der zentralen am Konflikt beteiligten Gruppen- und Organisationssubjekte werden im ersten Schritt die Diskurskoalitionen identifiziert, die sich im Untersuchungszeitraum um bestimmte Storylines gruppiert und durch die Hegemonialisierung ihrer Neu- und Reinterpretationen engagementspezifischer Fragen versucht haben, den Wandel der Narrative und somit auch Policy-Wandel voranzutreiben. Zur Verdeutlichung des Durchsetzungsgrades der reformbefürwortenden-progressiven Position in Fragen staatlicher Engagementförderung wird in diesen Zusammenhang auf die hajerschen Konzepte der »Diskursstrukturierung« und »Diskursinstitutionalisierung« (Hajer 1997: 110, 2008: 278-281) zurückgegriffen. Daraus ergibt sich eine erste zeitliche Strukturierung des Untersuchungszeitraumes, da hierdurch die Phase, in der die reformbegrüßende Sichtweise einen hohen Verbreitungs- und Rezeptionsgrad bei vielen gesellschaftlichen und politischen Kräften gefunden hat

(1985-1998), von derjenigen Phase unterschieden werden kann, in der es darüber hinaus zur Manifestierung dieser Position in engagementspezifischen institutionellen Arrangements kam (1998-2009). Das recht grobmaschige zweistufige Dominanzmodell von Hajer ist jedoch ab dem Zeitpunkt nur noch wenig hilfreich, als es seit der Jahrtausendwende sukzessive zur Initiierung engagementpolitischer Reformen durch den Staat kam und tief greifende Auseinandersetzungen zwischen den Diskursbeteiligten weitgehend ausblieben. Deshalb wird für diesen Zeitraum zusätzlich auf das deutlich nuanciertere Hegemoniekonzept von Martin Nonhoff zurückgegriffen.

Nachdem die Konflikte um die institutionelle Dimension der Engagementförderung im Untersuchungszeitraum auf diese Weise offengelegt worden sind, geht es im zweiten Schritt darum, die konkreten Gründe, Strategien und diskursiven Mechanismen zu identifizieren, mit deren Hilfe die schrittweise Naturalisierung bzw. Hegemonialisierung der institutionellen Dimension der Engagementförderung, die sowohl den Policy-Wandel als auch die diskursive Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit insgesamt auszeichnet, erklärt werden kann. Unter Berücksichtigung des methodologischen Primats des Diskurses geraten hierbei neben diskursiv-strukturellen auch intentionale Erklärungsmomente in den Blick. Während erstere für den gesamten Untersuchungszeitraum ermittelt werden können, finden intentionale Erklärungsansätze im Sinne weicher Steuerung nur an zwei Schlüsselstellen der diskursiven Entwicklung Berücksichtigung, die eindeutig als strategische Situationen kategorisierbar sind. Zur Hegemonialisierung einer bestimmten Lesart eines Diskurses können Diskursteilnehmer in derartigen Situationen über spezifische sprachlich-rhetorische Mittel, argumentative Strategien der Resonanzzeugung sowie im- und explizite Ausschließungen konkurrierender Deutungen neue inhaltliche Impulse – im Sinne einer Erneuerungsleistung in der diskursiven Praxis – setzen, deren Verarbeitung im Diskurs bzw. Aneignung durch andere Subjekte sich ihrer Kontrolle selbstverständlich weitgehend entzieht. Unter Rekurs auf die genannten weichen Steuerungsmechanismen werden diese diskursiven Erneuerungsleistungen, die unter bestimmten – noch zu klärenden – Umständen spezifischen Gruppen- und Organisationssubjekten eindeutig zugeordnet werden können, einer systematischen Analyse unterzogen.

Wie bereits angedeutet, werden die für den zweiten Teil der Ergebnispräsentation notwendigen methodischen Zusatzüberlegungen zur diskursanalytischen Untersuchung von Hegemonien und zur Bestimmung weicher Steuerungsstrategien im Rahmen eines weiteren Methodenkapitels (vgl. Kap. 5) im Anschluss an den ersten Teil der Ergebnisdarstellung noch ausführlich spezifiziert. Für die Präsentation der Ergebnisse auf der Ebene des Verstehens wurden nunmehr jedoch alle method(olog)ischen Vorannahmen getroffen, so dass sich die folgenden Ausführungen der Darstellung der Dispositive der Freiwilligkeit widmen können.

